



Bürgschaftsbank
 Mecklenburg-Vorpommern GmbH
 PF 16 01 55
 19091 Schwerin

Kreditinstitut	
Bankleitzahl:	
Ist Schufa-Mitglied:	
Aktenzeichen	
Bearbeiter/in:	
Telefon/Fax:	
E-Mail:	

ANTRAG auf Übernahme einer Ausfallbürgschaft – BMV Standard

Kreditbetrag (EUR)	
Bürgschaftsbetrag (EUR)	

Unternehmen

Name:	Gründungsdatum:	
Rechtsform:	Telefon:	
Sitz (Adresse):	Mobil:	
Handelsregister/-nummer:	Internetadresse:	
Fax:	E-Mail:	
Geschäftsgegenstand:		
Verbundene/Nahestehende Unternehmen gem. § 19 Abs. 2 KWG:		
Kammerzugehörigkeit (welche Kammer, Sitz):		
Verbandszugehörigkeit (welcher Verband, Sitz):		

Gesellschafter

Name:				
Adresse:				
Geburtsdatum:	Geburtsort:		Staatsangehörigkeit:	
Ausweis-Nr.:	Art des Dokuments:		Ausstellende Behörde:	
Familienstand:	bzw. Rechtsform:			
Tätigkeit im Unternehmen:	zuletzt ausgeübte Tätigkeit:		Berufsabschluss:	
ggf. Höhe der Beteiligung:	Bruttoeinkommen p. a. TEUR:			

Vorhaben

Projektart			
Beschreibung			
Investitionsort			
Arbeitsplätze insgesamt	davon neu		
davon Ausbildungsplätze	davon neu		



Zu verbürgende Kredite

Programm BMV *classic*
 BMV *direkt*
 BMV *Nachfolge*

a) zu verbürgende(r) Kredit(e)

Kreditart	Kreditbetrag (EUR)	Verb.-grad (%)	Zinssatz (%)	Laufzeit (Jahre)	dav. Freijahre	Rückzahlung p. a. (EUR)

b) nicht zu verbürgende(r) Kredit(e)

Kreditart	Kreditbetrag (EUR)	Zinssatz (%)	Laufzeit (Jahre)	dav. Freijahre	Rückzahlung p. a. (EUR)

c) bereits gewährte(r) Bankkredit(e) (einschl. Kontokorrent und bei Drittinstituten)

Valuta (TEUR)	Zinsen (TEUR)	Tilgung (TEUR)	Restlaufzeit

d) Weitere beantragte öffentliche Finanzierungshilfen (Art, Höhe und Verwendungszweck)

Investition und Finanzierung

Die Investitions- und Finanzierungsaufstellung wird beigelegt.



Sicherheiten

- a) für den/die nicht verbürgten Kredit(e)
- b) für den/die verbürgten Kredit(e)
- c) für bereits gewährte Kredite (einschl. Kontokorrent und Drittinstitut)

Grundpfandrechte: (gegebenenfalls Foto, Grundbuchauszüge beifügen, Verkehrswert angeben. Bei vorrangigen Rechten angeben - soweit bekannt -, für welche Kredite und Höhe der Valuta, Institut)

Sicherungsübereignungen: (Beschreibungen des Sicherungsgutes mit Angaben des Zeitwertes)

Abtretungen: (bei Lebensversicherungen: Art der Versicherung, Versicherungssumme, Abschlussdatum, versicherte Person, Rückkaufswert, Prämie p. a.)

Bürgschaften: (Ausführungen über die Bonität des Bürgen, Tätigkeit, Bruttoeinkommen p. a.)

Sonstige Sicherheiten/Verpfändung:

Zessionen:

Angaben zum Gewerbeobjekt (evtl. Fotos beifügen; bei Eigentumsverhältnis bitte Grundbuchauszug beifügen, bei Miet-/Pachtverhältnis bitte Miet-/Pachtvertrag beifügen)

Bei Miet-/Pachtverhältnis	Laufzeit	monatl. Miete TEUR	Aufteilung der Betriebsfläche in m ² (z. B. Produktions-, Lager-, Bürobereich)



Finanzierungsbedarf

	TEUR (ohne MwSt.)	Finanzierung	TEUR
Investitionen		Eigenmittel	
- Grundstück		- Barmittel	
- Gebäude		- Eigenleistung	
- Bauliche Investitionen		- Sacheinlagen	
(davon wohnungswirtsch. Anteil TEUR)	()	Zwischensumme	
- Maschinen			
- Betriebs- und Geschäftsausstattung		Fremdmittel	
- Kraftfahrzeuge		- Bankdarlehen	
- sonstiges		- sonstige Darlehen/Zuschüsse	
Zwischensumme			
Betriebsmittel			
(davon Warenlager TEUR)	()		
(davon)	()		
Gesamtsumme		Gesamtsumme	

Steuerliche Situation (Bestehen Steuerverbindlichkeiten? Welche Zahlungsverbindlichkeiten sind ggf. getroffen worden?)

Angaben über sonstige, gewerbliche Haftungen oder Schuldeingeständnisse

(z. B. Leasingverträge, Teilfinanzierungen usw. mit Angabe der Restlaufzeiten)

Angaben über nicht bilanzierte(s) Privatvermögen/-schulden und/oder private Einnahmen/Zahlungsverpflichtungen des Geschäftsinhabers und seines Ehepartners und der/des tätigen Gesellschafter

Grundvermögen: Verkehrswert, Belastungen (Valuta) und Zins- und Tilgungsdienst ggf. Mieteinnahmen p. a. einschl. Grundbuchauszug)

Waren oder sind gegen Antragsteller/Ehepartner/Gesellschafter Zwangsmaßnahmen eingeleitet?

(Pfändungs-/Überweisungsbeschluss, Wechselprotest o. ä.)

nein ja Datum:

Gegen wen, in welcher Art? Bitte erläutern:



Erklärung zu Beihilfen

Mir/Uns ist bekannt, dass den Bürgschaften der Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH (BMV) Subventionen des Bundes und des Landes zugrunde liegen. Sie sollen gewährt werden, um die Kreditfähigkeit mittelständischer Unternehmen zu erhöhen.

Ich bin/Wir sind darüber unterrichtet, dass die von mir/uns angegebenen Tatsachen

- zum Unternehmen (Name, Rechtsform, Sitz, Unternehmensgegenstand, verbundene/nahestehende Unternehmen gem. § 19 Abs. 2 KWG) und zur Betriebsstätte
- zu den Gesellschaftern (und ggf. Ehegatten) und deren persönlichen Vermögensverhältnissen
- zur fachlichen und kaufmännischen Qualifikation des/der Geschäftsinhaber(s)/Geschäftsführer(s)
- zum Vorhaben (Projektart, Vorhabensbeschreibung, Investitionsort, Arbeitsplätze)
- zu Investition und Finanzierung (Mittelverwendung/-herkunft, einschließlich Eigenmittel)
- zu Sicherheiten
- zu den betrieblichen wirtschaftlichen Verhältnissen, d.h. Jahresabschlüsse (Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Anhänge, Lageberichte) bzw. Einnahmenüberschussrechnungen, Betriebswirtschaftliche Auswertungen, Summen- und Saldenlisten, sonstige Vermögensübersichten sowie Geschäftsberichte
- zu Kreditverbindlichkeiten
- zu Beteiligungsverhältnissen
- zu Zwangsmaßnahmen jeglicher Art (z. B. eidesstattliche Versicherung, Scheck-/Wechselprotest und/oder Vergleichs-/Konkurs-/Insolvenzverfahren)

subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind. Mir/uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt. Auf die besonderen Mitteilungspflichten nach § 3 Subventionsgesetz bin ich/sind wir hingewiesen worden. Eine Bürgschaftsübernahme erfolgt nach den geltenden EU-Bestimmungen.

Ich bin/Wir sind darüber unterrichtet, dass neben den oben genannten Angaben auch die folgenden Angaben über die im laufenden Kalenderjahr sowie in den vergangenen zwei Kalenderjahren erhaltenen/beantragten Beihilfen und über zurzeit laufende Beihilfeanträge des antragstellenden Unternehmens und verbundener Unternehmen im Rahmen der Beihilfengewährung subventionserheblich gemäß § 264 StGB sind.

Das antragstellende Unternehmen erklärt Folgendes:

Diese Erklärung bezieht sich sowohl auf Beihilfen, die das Unternehmen direkt erhalten bzw. beantragt hat, als auch auf Beihilfen, die ein verbundenes Unternehmen beantragt bzw. erhalten hat. Nachfolgende Kriterien definieren, ob weitere Unternehmen zu dem gesamten Unternehmensverbund als „ein einziges Unternehmen“ im Sinne der De-minimis-Verordnungen hinzuzurechnen sind und bei der Angabe der erhaltenen Beihilfen berücksichtigt werden müssen.

Das Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens.

Das Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen und abzuberufen.

Ein Unternehmen ist aufgrund einer vertraglichen Regelung oder einer Bestimmung in der Satzung berechtigt, beherrschenden Einfluss auf das antragstellende Unternehmen auszuüben.

Das Unternehmen ist Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens. Die Erklärenden üben gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern eines anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Das Unternehmen steht über ein anderes Unternehmen oder mehrere andere Unternehmen in einer der oben genannten Beziehungen.

Sofern die aufgeführten Sachverhalte (auch nur das Vorliegen eines Kriteriums ist ausreichend) zutreffend sind, sind sämtliche Beihilfen der verbundenen Unternehmen und des antragstellenden Unternehmens nachfolgend zu berücksichtigen.

Zu beachten bei Fusionen/Übernahmen und Betriebsaufspaltungen:

Im Falle einer Fusion oder Übernahme müssen alle De-minimis-Beihilfen, die den beteiligten Unternehmen zuvor gewährt wurden, herangezogen werden, um zu ermitteln, ob eine neue De-minimis-Beihilfe für das neue bzw. das übernehmende Unternehmen zu einer Überschreitung des einschlägigen Höchstbetrages führt. Die Angaben sind in der unten genannten Tabelle aufzuführen.

Liegt eine Unternehmensaufspaltung vor, so werden die De-minimis-Beihilfen, die dem Unternehmen zuvor gewährt wurden, demjenigen Unternehmen zugewiesen, dem die Beihilfe zugutekommt. Ist die Zurechenbarkeit nicht möglich, werden die Beihilfen den neuen Unternehmen auf der Grundlage des Buchwertes ihres Eigenkapitals zum Zeitpunkt der tatsächlichen Aufspaltung

- Das antragstellende Unternehmen bzw. ein verbundenes Unternehmen sind im Bereich des gewerblichen Straßengüterverkehrs tätig. Speziell der Erwerb von Fahrzeugen für den gewerblichen Straßengüterverkehr ist gemäß den europarechtlichen Bestimmungen nicht förderfähig. Bei einer Tätigkeit in diesem Bereich ist eine weitere Prüfung erforderlich.



Angaben zu erhaltenen und beantragten Beihilfen:

Das Unternehmen oder mit dem Unternehmen verbundene Einheiten hat/haben als „ein einziges Unternehmen“ im Sinne der De-minimis-Verordnungen im laufenden Kalenderjahr sowie in den zwei vergangenen Kalenderjahren **keine** Beihilfen im Rahmen der folgenden Verordnungen erhalten/beantragt.

oder

Nachfolgend bestätige ich, dass das Unternehmen oder mit dem Unternehmen verbundene Einheiten als „ein einziges Unternehmen“ im Sinne der De-minimis-Verordnungen im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren Beihilfen im Rahmen der folgenden Verordnungen erhalten/beantragt hat/haben:

1. Allgemeine De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EG) Nummer 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 352/1 vom 24. Dezember 2013 bzw. der Verordnung (EG) Nummer 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 379/5 vom 28. Dezember 2006,
2. DAWI-De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 114/8 vom 26. April 2012,
3. De-minimis-Agrar-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 352/9 vom 24.12.2013, bzw. der Verordnung (EG) Nr. 1535/2007 der Kommission vom 20. Dezember 2007 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen im Agrarerzeugnissektor, veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 337/35 vom 21.12.2007,
4. De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 190/45 vom 28. Juni 2014, bzw. der Verordnung (EG) Nr. 875/2007 der Kommission vom 24. Juli 2007 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen im Fischereisektor, veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 193/6 vom 25. Juli 2007.

Art der Beihilfe (1.-4.)	Datum	Antragsteller bzw. verbundenes Unternehmen (s.o.)	Zuwendungsgeber Aktenzeichen, Förderprogramm, Form der Beihilfe	Fördersumme (EUR) (z. B. Zuschuss-, Darlehens-, Bürgschaftsbetrag)	Subventionswert (EUR)

Bei den vorstehenden Angaben ist zu kennzeichnen, welches Unternehmen die Beihilfe beantragt hat bzw. welche der vier genannten De-minimis-Beihilfen beantragt bzw. erhalten wurden.

Die mit dem aktuellen Antrag beantragte Beihilfe wird mit weiteren Beihilfen für dieselben förderbaren Aufwendungen kumuliert (Förderanträge bzw. Bewilligungsbescheide sind in der Anlage beigelegt oder werden nachgereicht).

Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, der Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH unverzüglich Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sofern sie mir/uns bekannt werden.

Sonstige Zuwendungen: Ich habe/wir haben in der Vergangenheit keine Zuwendungen erhalten, die von der Europäischen Kommission für formell oder materiell rechtswidrig erklärt wurden und für die eine diesbezügliche Rückforderungsentscheidung erlassen wurde.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller/Kreditnehmer (ggf. zzgl. Firmenstempel)



Einwilligungserklärung zur Datenerhebung, Datenverarbeitung, Datennutzung und Datenübermittlung

Mir/Uns ist bekannt, dass sich die Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH (BMV) elektronischer Datenverarbeitungssysteme bedient. Ich/Wir willige(n) hiermit ein, dass die BMV die von mir/uns zur Verfügung gestellten oder zusätzlich über mich/uns bzw. die Hausbank erhobenen personenbezogenen Daten (Daten) zum Zweck meiner/unserer Anfrage, der Bearbeitung meines/unseres Bürgschaftsantrages, der Entscheidung, ob eine Bürgschaftsübernahme für mein/unser Vorhaben möglich ist, der Bürgschaftsverwaltung und deren Abwicklung verarbeitet. Die Einwilligung bezieht sich auch auf die statistische Auswertung dieser Daten durch die BMV einschließlich der Verarbeitung der Daten zur Erstellung und Weiterentwicklung eines Systems zur Ermittlung meiner/unserer Kreditwürdigkeit (Scoring/Rating). Soweit sich die BMV im Rahmen einer Auftragsverarbeitung externer Dienstleistungsunternehmen bedient (z. B. für EDV-Dienstleistungen, Scoring-/Rating-Systeme), dürfen diese die Daten nur nach Weisung der BMV zu den oben genannten Zwecken verarbeiten. Ferner willige(n) ich/wir ein, dass die BMV berechtigt ist, nach Antragstellung und zur Risikobewertung und -steuerung (z. B. Scoring/Rating) Bonitätsdaten über mich/uns bei Dritten (z. B. Creditreform Rating AG oder SCHUFA Holding AG) und Stellungnahmen von am Bürgschaftsverfahren beteiligten Stellen (z. B. Banken, Kammern, Verbänden, Behörden des Bundes/Landes) einzuholen, zu verarbeiten und diesen beteiligten Stellen Daten aus der Anfrage-/Antragsbearbeitung und Bürgschaftsverwaltung und -abwicklung sowie diesbezügliche Entscheidungen zu übermitteln. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir die BMV und die beteiligten Stellen von ihren Verschwiegenheitspflichten.

Widerrufsbelehrung

Mir/Uns ist bewusst, dass ich/wir diese Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft unter

datenschutz@bbm-v.de oder Fax: 0385/ 39555-36 oder Graf-Schack-Allee 12, 19053 Schwerin

widerrufen kann/können.

Ungeachtet der Ausübung des Widerrufsrechtes bin ich/sind wir darüber unterrichtet und damit einverstanden, dass die BMV und die beteiligten Stellen berechtigt sind, die Daten auch weiterhin zu verarbeiten, soweit dies für die weitere Vertragserfüllung (Bürgschaftsverwaltung und -abwicklung) notwendig ist.

Ort, Datum

Unterschrift Kreditnehmer (ggf. zzgl. Firmenstempel)



Weitere Erklärungen des Kreditnehmers

Zum Zweck der Bürgschafts-anfrage/-beantragung und -bearbeitung befreie ich/befreien wir alle Personen und Stellen, die Informationen und Unterlagen sowie Bewertungen auf Grund von standardisierten Beurteilungsbögen, die auf Wunsch eingesehen werden können, zur Verfügung zu stellen, die sich auf finanzielle, betriebswirtschaftliche und unternehmensbezogene Daten und Informationen des KN und/oder des Gesellschafters/Geschäftsführers, einschl. der privaten Einkommens- und Vermögensverhältnisse, beziehen. Diese Befreiung von der Verschwiegenheitspflicht gilt für die Dauer der Anfragstellung einer Bürgschaft bis zur Erledigung des verbürgten Engagements und gilt auch ggü. den Vertretern des Landes-/des Bundesrechnungshofes.

Ich bin/Wir sind bereit, unter Übernahme anfallender Kosten, jederzeit bürgschaftsbezogene Prüfungen des Landes/Bundes oder ihrer Beauftragten sowie des Landes-/Bundesrechnungshofes zu dulden und dem Land/Bund oder ihrer Beauftragten im Zusammenhang mit der Rückbürgschaft erbetene Auskünfte zu erteilen. Gleichzeitig gestatte/n ich/wir unwiderruflich, dass die/der Finanzminister/in des Landes Einsicht in die Steuerakte beim Finanzamt bis zur endgültigen Abwicklung des Bürgschaftsengagements nehmen darf. Im Falle der drohenden Inanspruchnahme aus der Ausfallbürgschaft ist die/der Finanzminister/in berechtigt, dem Kreditgeber und der BMV zweckdienliche Angaben aus der Steuerakte zu machen.

Ich bin/Wir sind mit dem Bürgschafts-antrag einverstanden. Die Richtlinien - Allgemeine Bürgschaftsbestimmungen in der aktuell gültigen Fassung habe ich/haben wir erhalten und erkenne(n) diese an.

Mir/uns ist bekannt, dass für die Bearbeitung des Bürgschafts-antrages eine Bearbeitungsgebühr und im Folgenden jährlich eine Bürgschaftsprovision (gemäß der aktuell gültigen Konditionenübersicht, die im Internet unter www.buergschaftsbank-mv.de/buergschaft/downloads oder in den Geschäftsräumen der BMV eingesehen werden kann) zu entrichten ist.

Ich bin/Wir sind bereit, der BMV bei Bedarf weitere Auskünfte zu erteilen.

Ort, Datum

Unterschrift Kreditnehmer (ggf. zzgl. Firmenstempel)

Erklärung des Kreditinstituts

Der vorstehende Antrag wird auf der Grundlage der zum Zeitpunkt der Antragstellung gültigen Richtlinien – Allgemeine Bürgschaftsbestimmungen der BMV gestellt, die wir hiermit anerkennen.

Wir bestätigen, dass die zu verbürgenden Kredite bisher nicht gewährt worden sind. Gleichzeitig erklären wir, dass wir für den Eingang der vorgenannten Kosten die Haftung übernehmen. Die Subventionserheblichkeit der im Antrag angegebenen Tatsachen im Sinne von § 264 StGB ist uns bekannt.

Wir bestätigen, die Identifizierungspflichten sowie sonstige relevante Vorschriften nach dem Geldwäschegesetz (GwG) beachtet zu haben. Der BMV sind auf Nachfrage entsprechende Nachweise zur Verfügung zu stellen.

Ort, Datum

Stempel und Unterschrift des Kreditinstituts



Zur näheren Beurteilung des Bürgschaftsantrags können folgende Unterlagen beigelegt oder nachgereicht werden:

(Bitte Unterlage als „anbei“ kennzeichnen, sofern sich die Position aus dem beiliegenden Kreditprotokoll ergibt. Wenn die Unterlage auf anderem Wege nachgereicht wird, kennzeichnen Sie diese bitte als „folgt“.)

	anbei	folgt
A) Angaben zum Antragsteller/Antrag stellenden Unternehmen und deren Gesellschafter		
• Kreditprotokoll (soweit erstellt)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Begründung/Kurzbeschreibung des Vorhabens Produkt, Kunden, Lieferanten, Mitbewerber, Markt, Standort, Räumlichkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Gültige Fassung des Gesellschaftervertrages	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
B) Investitionsaufstellung		
• Immobilien, Mobilien, immaterielle Güter, Vorräte, Anlaufkosten, Sonstiges, Betriebsmittel-/Avalbedarf	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
C) Finanzierungsaufstellung für das Investitionsvorhaben		
• Bankkredite (verbürgt/Eigenobligo), Eigenmittel (Herkunft), Kapital für Gründung, sonstige Fremdmittel, Restkaufgeld	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
D) Kreditaufstellung (geschäftliche/private) mit Kapitaldienst und Absicherung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
E) Selbstauskunft		
• Lebenslauf bzw. beruflicher Werdegang sämtlicher Inhaber und/oder Geschäftsführer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Vermögen/Verbindlichkeiten des Antragstellers/der Gesellschafter und Ehegatten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
F) Zu den wirtschaftlichen Verhältnissen		
• Bilanzen der letzten drei Geschäftsjahre mit Angabe zur Höhe der GF-Gehälter (ggf. gleiches für verbundene, nahe stehende oder zu übernehmende Unternehmen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Zwischenzahlen (BWA laufendes oder letztes Geschäftsjahr – falls Bilanz noch nicht vorliegt – jeweils inkl. Vorjahresvergleich und Summen-/Saldenliste; evtl. mit Angabe zu Bestandsveränderungen und Auftragsbestand)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Rentabilitätsvorausschau laufendes Jahr und – wenn möglich – für zwei weitere Jahre	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Liquiditätsplan	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
G) Ergänzende Verträge/Angaben		
• Übernahme-/Kaufvertrag	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Miet-/Pachtvertrag zu Grundstücken/Gebäuden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Verkehrswertangaben zu betriebseigenen Grundstücken/Gebäuden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Beratungsbericht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Unternehmens- oder Produktprospekte (Produktions- und Leistungsschwerpunkt)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
H) Rating des Kreditinstituts zum Antragsteller		
• Ratingbericht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Ratingbogen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
I) Schufa-Erklärung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(Bei Existenzgründungs- und Übernahmefinanzierungen ist das Formular „Einwilligung zur Einholung einer SCHUFA-Auskunft“ vom Kreditnehmer zu unterzeichnen und zu den Kreditunterlagen zu nehmen).		



Information zur Datenerhebung, Datenverarbeitung, Datennutzung und Datenübermittlung

1) Name der verantwortlichen Stelle:

Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH (BMV)

2) Leiter der verantwortlichen Stelle:

Geschäftsführer: Dr. Thomas Drews
Johannes Löning

3) Kontaktdaten des/der Datenschutzbeauftragten:

Michael Wodke	datenschutz@bbm-v.de
Graf-Schack Allee 12	Tel: 0385-39555-32
19053 Schwerin	Fax: 0385-39555-36

4) Kontaktdaten der verantwortlichen Stelle:

Graf-Schack Allee 12	info@bbm-v.de
19053 Schwerin	Tel: 0385-39555-10
	Fax: 0385-39555-36

5) Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Es werden personenbezogene Daten verarbeitet. Hierbei handelt es sich z. B. um Name, Adresse, Geburtsdatum, Bankverbindung etc. Diese werden benötigt, um Anfragen/Anträge hinsichtlich der Bürgschaftsübernahme, -bearbeitung, -abwicklung und des -regresses zu bearbeiten. Weiter werden Daten zur statistischen Auswertung sowie zu Scoring-Zwecken erhoben.

Die Rechtsgrundlage ist sowohl die Einwilligung als auch das Vertragsverhältnis zwischen dem Kreditnehmer bzw. dem Kunden und der BMV.

6) Berechtigtes Interesse

Das berechtigte Interesse liegt in der Vertragserfüllung durch die BMV.

7) Kategorien der personenbezogenen Daten

- Kreditnehmer/Kunden
- Selbstschuldnerischer Bürge
- Gesellschafter/Geschäftsführer/Unternehmer
- Garanten

8) Empfänger der Daten

Die Daten übermitteln wir zum Zweck der Antrags-/Anfragebearbeitung, u. a. an Finanz- und Wirtschaftsministerium, Creditreform, SCHUFA und ggf. weitere Scoring-Unternehmen, in unserem Softwaresystem werden die Daten verarbeitet, so dass auch der Softwareanbieter PASS/EXEC die Daten erhält. Ggf. erhalten weitere Auftragsverarbeiter Daten zum Zweck der Antrags-/Anfragebearbeitung. Im Wege der Antrags-/Anfragebearbeitung werden auch die Kammern, Verbände etc. und ggf. weitere Behörden eingeschaltet.

9) Übermittlung der Daten in ein Drittland

Eine Weitergabe der erhobenen/erhaltenen Daten in ein sicheres Drittland findet im Rahmen der Agrarbürgschaft statt. Im Rahmen der Abwicklung und/oder Regresses können Übermittlungen in Drittländer ebenfalls stattfinden. Die Übermittlung an eine internationale Organisation findet nicht statt.



Information zur Datenerhebung, Datenverarbeitung, Datennutzung und Datenübermittlung (Fortsetzung)

10) Speicherdauer

Die Speicherdauer richtet sich sowohl nach der Vertragsdauer als auch nach den gesetzlichen/vertraglichen Aufbewahrungsfristen. Nach Ablauf der gesetzlichen/vertraglichen Aufbewahrungsfristen werden die Daten gelöscht/anonymisiert, sofern Sie nicht mehr zum Zwecke der Datenverarbeitung (Bearbeitung des Engagements) benötigt werden.

11) Auskunftsrecht/Recht auf Löschung/Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Es besteht ein Auskunftsrecht zu den verarbeiteten personenbezogenen Daten. Sofern die personenbezogenen Daten fehlerhaft verarbeitet wurden, besteht das Recht auf Berichtigung. Ein Recht auf Löschung und Einschränkung der Verarbeitung besteht, sofern dies mit dem Zweck der Datenverarbeitung vereinbar ist (solange der Zweck besteht, können Löschung und eingeschränkte Verarbeitung nicht erfolgen).

12) Widerspruchsrechts gegen die Verarbeitung sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit

Es besteht ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit.

13) Recht auf Widerruf der Einwilligung

Sofern die Datenverarbeitung auf Grund einer Einwilligung erfolgt, besteht jederzeit das Recht auf Widerruf der Einwilligung. Die vor Widerruf durchgeführte Verarbeitung bleibt rechtmäßig. Sofern die Engagementbearbeitung noch nicht beendet ist, erfolgt die weitere Datenverarbeitung auf Grundlage des bestehenden Vertrags.

14) Beschwerderecht bei Aufsichtsbehörde

Es besteht ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde. Bei dieser handelt es sich um den

Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg-Vorpommern

Heinz Müller

mit folgenden Kontaktdaten: Werderstraße 74a
 19055 Schwerin
 E-Mail: info@datenschutz-mv.de

15) Bereitstellung der personenbezogenen Daten & Folge der Nichtbereitstellung

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten erfolgt über die Hausbank im Rahmen der Weiterleitung des Antrags auf Übernahme einer Ausfallbürgschaft. In anderen Fällen erfolgt die Bereitstellung der personenbezogenen Daten über den Kunden. Ohne Bereitstellung der Daten kann kein Vertrag geschlossen werden.

16) Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung

Es besteht keine automatisierte Entscheidungsfindung hinsichtlich etwaiger Vertragsabschlüsse/Antragsbearbeitung.

17) Verarbeitung der Daten über den Zweck der Datenbearbeitung hinaus

Die Daten werden für den Zweck der Anfrage-/Antragsbearbeitung und dessen Abwicklung verarbeitet und genutzt. Im Weiteren werden Statistiken auf Grund der Vertragsbearbeitung erstellt.

BMV FÖRDERUNG

zur Unterstützung des regionalen Mittelstandes bei der Vorhabensfinanzierung



Bürgschaftsbank
Mecklenburg-Vorpommern GmbH
Postfach 16 01 55
19091 Schwerin

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats

Name des Zahlungsempfängers:

Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH

Gläubiger-Identifikationsnummer:

DE97ZZZ00000518046

Mandatsreferenz (vom Zahlungsempfänger auszufüllen):

SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige/Wir ermächtigen den Zahlungsempfänger (Name siehe oben), Zahlungen von meinem/ unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein/weisen wir unser Kreditinstitut an, die vom Zahlungsempfänger (Name siehe oben) auf mein/ unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/ unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorabankündigungsfrist

Ich stimme/Wir stimmen einer Verkürzung der Vorabankündigungsfrist auf 7 Kalendertage zu.

Firma bzw. Vor- und Nachname des Kontoinhabers:

Anschrift des Kontoinhabers: Straße und Hausnummer:

Postleitzahl und Ort:

Kreditinstitut:

IBAN des Kontoinhabers

D E

BIC (8 oder 11 Stellen):

Ort, Datum

Unterschrift/Firmenstempel

(Nur auszufüllen, falls Bürgschafts- oder Darlehensnehmer abweichend vom Kontoinhaber)

Dieses SEPA-Lastschriftmandat gilt für den Vertrag/die Verträge mit Firma bzw. bei natürlichen Personen Vor- und Nachname des Bürgschafts- oder Darlehensnehmers:

Anschrift des Kontoinhabers: Straße und Hausnummer:

Postleitzahl und Ort: